

Saale-Zeitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 50 Pfg., solche aus Stelle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annahmestellen Expeditionen angenommen, Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg. Erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Feiertags einmal, sonst zweimal täglich. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Steinstraße 17; Redaktionsbüro: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis

Der Halle wöchentlich bei postmöglicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Anzeigen wird keine Rücksicht genommen. Rücksende nur mit Quittungsnote; „Saale-Ztg.“ gefaltet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 170; Redaktionsstelle (Markt 24) Nr. 220. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 27.

Halle a. S., Freitag, den 17. Januar

1908.

Das Scheckgesetz.

Seitdem im Jahre 1892 dem Reichstag von den verschiedenen Regierungen ein Scheckgesetzentwurf vorgelegt worden, aber unter den Tisch gefallen war, hat die Reichsregierung lange gedögert, ehe sie der gesetzgebenden Regelung dieser Materie wieder näher trat: sie hat sich lange Jahre mit der Begründung auf einen völlig ablehenden Standpunkt gestellt, daß der Scheckverkehr sich auch ohne feste Normen genügend entwickelt habe und daher ein Eingreifen der Gesetzgebungsmaschine nicht erforderlich sei. Die Vorgänge der letzten Jahre auf dem Geldmarkte haben aber auch ihr den Gedanken nahe gelegt, daß die dringende wünschenswerte Ausdehnung des Scheckverkehrs auf möglichst weite Kreise der Bevölkerung so lange auf Schwierigkeiten stoßen werde, bis dem Scheck die sichere Basis eines Spezialgesetzes gegeben würde. Im Juli v. J. veröffentlichte die Regierung denn auch einen neuen Entwurf eines Scheckgesetzes, der, obwohl man vorher Befürchtungen gehegt hatte, in seinen grundlegenden Bestimmungen allgemeine Anerkennung fand und nur in mehr nebensächlichen Punkten zu Ausstellungen Veranlassung gab. Die zahlreichen Besprechungen von Organisationen des Handelsstandes, die zu dem Entwurfe Stellung nahmen, sind verhältnismäßig schnell im Reichsjustizamt bearbeitet worden, der Bundesrat hat den Gesetzentwurf nur einigen Tagen angenommen und der Reichstanzler ihn ohne Zögern dem Reichstag übermittelte.

Der Gesetzentwurf weist gegenüber dem der öffentlichen Kritik unterbreiteten Vorentwurfe abgesehen von einer Anzahl redaktioneller Änderungen, die von dem Verfasser veranlaßt wurden, den Gesetzentwurf möglichst klar und leicht verständlich zu gestalten, nur in wenigen Punkten Abweichungen auf. Die Stempelfreiheit für Schecks, die dem Gesetz entsprechen, ist aufrechterhalten, von der Aufnahme von Strafbestimmungen gegen Personen, die Schecks ausstellen, obwohl sie voraussetzen müßten, daß die Einlösung nicht erfolgen wird, ist auch jetzt abgesehen worden. Die wesentlichen Erfordernisse des Schecks sind dieselben geblieben, die positive Scheckfähigkeit ist trotz des entgegengesetzten Wunsches einzelner Handelskammern nicht auf Anfallen des öffentlichen Rechts, unter staatlicher Aufsicht stehende Anstalten, Kreditgenossenschaften und in das Handelsregister eingetragene Firmen, die gewerbsmäßig Bankiergeschäfte betreiben, beschränkt, sondern auf sämtliche eingetragenen Firmen ausgedehnt worden. Die Bestimmungen über Zahlungsempfänger, Zahlungsort, Betrag, Zahlungszeit und Indossament sind materiell nicht geändert worden, nur ist der Begriff des Guthabens neu als der Geldbetrag formuliert worden, bis zu welchem der Bezogene nach dem zwischen ihm und dem Aussteller bestehenden Rechtsverhältnisse Schecks einzulösen verpflichtet ist, und ferner nicht sich die neue Vorschrift, daß ein Indossament an den Bezogenen als Dattung gilt, also nicht mehr, wie nach dem Vorentwurfe, ungültig ist.

Wichtige Änderungen sind die Verlängerung der Präsentationsfrist, während derer der Scheck unwiderruflich ist, für im Inland ausgestellte und zahlbare Schecks von sieben auf zehn Tage — für im Ausland ausgestellte sollte die Vorlegungsfrist mit dem sechsten Tage nach Ablauf desjenigen Zeitraums endigen, der erforderlich ist, um ihn zum Ausstellungsorte mit den gewöhnlichen Transportmitteln nach dem Zahlungsorte zu senden; nach dem Reichstagsentwurfe soll praktischer der Bundesrat die Vorlegungsfristen für ausländische Schecks bestimmen — und die Vereinfachung der Haftung des Bezogenen gegenüber dem Inhaber für die Zahlung des Scheckbetrages, die von vielen Seiten aus rechtlichen und praktischen Gründen empfohlen wurde. Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs sind im wesentlichen unverändert geblieben, nur ist im § 25 neu bestimmt worden, daß im Auslande zahlbare Schecks auch auf solche Bezogene lauten dürfen, auf die nach dem ausländischen Recht ein Scheck gezogen werden darf, die aber im Inlande nicht scheckfähig sind.

Es wird natürlich nicht ausbleiben, daß im Reichstage von dieser oder jener Seite Anregungen zu weiteren Änderungen des Entwurfs — so ist z. B. die Aufnahme von Vorschriften über die Gestaltung der Rechtslage im Falle eines Konkurses erwägenswert — gegeben werden. Er wird aber auch dort mit dankbarer Anerkennung begrüßt werden und hoffentlich nicht durch die Etatsberatungen zu lange in seiner Erledigung gehemmt werden, damit ein näher Termin für sein Inkrafttreten bestimmt werden kann. Ein Ende der Schwierigkeiten auf dem deutschen Geldmarkte ist noch nicht abzusehen, so daß eine baldige Entfaltung der erhofften segensreichen Wirkungen des Scheckgesetzes dringend wünschenswert ist.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Deutsche Kronprinz ist gestern von St. Moritz abgereist. Die Kronprinzessin gedenkt noch etwa acht Tage in St. Moritz zu verweilen.

Die Landgräfin Anna von Hessen, die in Frankfurt a. M. wohnt, ist schwer erkrankt. Der Bischof von Fulda ist an das Krankenlager geeilt.

Leutnant v. K r u s e, der Sohn der Frau v. Elbe aus erster Ehe, hat seinen Abschied weber eingereicht noch erhalten. Er hat auch nicht die Absicht, den Militärdienst zu verlassen.

Fürst zu Inn- und Kniphausen †.

Der Fürst zu Inn- und Kniphausen, Präsident des Herrenhauses, ist gestern früh 7 1/2 Uhr in Lüttichburg gestorben.

Fürst Eduard zu Inn- und Kniphausen war am 14. Dez. 1827 geboren. Er studierte 1847—1850 Rechtswissenschaft in Bonn und Berlin, 1856 trat er in die erste Han-noversche Kammer; fahrlang war er Vorsitzender des hannoverschen Provinziallandtages im Provinzialausschusse, und der reformierten Gesamtsynode. Erliches Mitglied des preussischen Herrenhauses war er seit 1867, Präsident des preussischen Herrenhauses seit 1904. Im Reichstags war er 1893—98 und seit 1899. Er vertrat den Wahlkreis Hannover 1 (Emden-Norden), wo jetzt eine Neuwahl erforderlich wird. Bei der letzten Wahl legte er nur mit etwa 100 Stimmen Mehrheit in der Stichwahl über den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung Garrels.

Zur Kritik im Flottenverein.

Der Landesverband Sachsen-Altenburg des Deutschen Flottenvereins wird in Halle durch seinen Vorsitzenden, Staatsminister v. Barries, vertreten werden. Der Vereins-normstand ist einmütig der Ansicht, daß die Einigkeit des über das ganze Reich sich erstreckenden Vereins ein so hohes und wertvolles Gut ist, daß demgegenüber Rücksichten auf verbienstvolle einzelne Persönlichkeiten in den Hintergründ treten müßten.

Der „Schwab. Merkur“ bezeichnet die Mitteilung, der König Wilhelm von Württemberg habe sich gegen den General Reim ausgesprochen, als unrichtig. Der König gehöre zu den zahlreichen Protektoren des Flottenvereins, die gar keine Partei ergreifen haben und den Standpunkt einnehmen, daß eine Entscheidung erst nach Kasse getroffen werden könne.

Die Gründung der Deutschen Vereinigung

fand am Mittwoch unter großer Teilnahme aus allen Berufsständen, besonders dem rheinischen Bauernstand beider Konfessionen in Köln statt. Die einleitende Rede hielt Graf Wilhelm Hoensbroech, den Vorsitz führte Graf Landsberg, fernerzeit Mitbegründer des Zentrums. Als Zweck der Gründung wurde betont, in politischen und wirtschaftlichen Fragen die deutschen Reichskreise mit den gleichgesinnten anderen Völkern zu freierem Verkehr und vaterländischen Interessen zu einen. Besonderer Zweck sei namentlich die Sicherung und Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des Reiches, Pflege des christlichen und deutschen Charakters, Ausgleich der konfessionellen Gegensätze, Bekämpfung der Sozialdemokratie und Fortführung einer Sozialpolitik, die gleichmäßig die berechtigten Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schützen sucht.

Neue Schulentwürfe.

Im Abgeordnetenhaus ist gestern ein nationalliberaler Initiativantrag eingebracht worden, der von den freisinnigen und freiconservativen unterstützt eine gesetzliche Regelung der Schulpläne fordert. Der Antrag lautet: Die Staatsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, durch den für den Umfang der Monarchie die Dauer der Schulpflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile geregelt, b) einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerichtfertigen Schulver-säumnis, die Voraussetzung ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und der Strafverfolgung getroffen werden.

Zum Kultusrat haben die Nationalliberalen, ferner im Verein mit den Parteien der Rechten den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, die widerrücklichen persönlichen Zugewinne an im Dienste befindliche und pensionierte Volksgenossen und Lehrerinnen in der Provinz Köln und den gemischtsprachigen Teilen der Provinz Westpreußen in Verbindung mit den dort bestehenden anderweitigen Gehaltsregulierungen angemessen zu erhöhen.

Die Kritik in der freisinnigen Vereinigung.

Die „Koll. Ztg.“ hat, wie bereits mitgeteilt, einen Artikel veröffentlicht, der eine Spaltung innerhalb der freisinnigen Gruppen und den Austritt der freisinnigen Vereinigung oder doch eines Teiles dieser Partei aus dem Fraktionsverbande in Aussicht stellt. Dazu wird vom „K. Z.“ mitgeteilt, daß die in diesem Artikel geäußerten Vermutungen jeder ernsthaften Grundlage entbehren. Die „radikaleren“ Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, die in dem Artikel hingewiesen wird, hätten gerade in diesem Augenblick nicht die mindeste Veranlassung, aus der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen.

Zu Raumanns Wahlrechtsartikel

ergreift die „Koll. Ztg.“ das Wort. Raumann hatte gesagt, Fürst Bülow hätte bereit sein müssen, es auf Landtagsauflösung mit Wahlrechtsparale ankommen zu lassen. Dazu bemerkt die „Koll. Ztg.“: Neben unbefangenen Beobachtern muß es zweifelhaft erscheinen, wie ein praktischer Politiker

jemals mit einer solchen Entschlebung rechnen konnte. Fürst Bülow hat am 13. Dezember 1906 die Politik der „konser-vativ-liberalen Paarung“ eingeleitet. Er hat dem Zentrum und der Sozialdemokratie den Krieg erklärt und wird von ihnen bekämpft bis aufs Messer. Und da sollte er plötzlich der bürgerlichen Linken zuliebe der härtesten Partei, auf die er sich stützt, den Fehdehandschuh zuwerfen? Wenn er das Abgeordnetenhaus auflöst, gegen wen kann sich diese Wahl-recht richten? Gegen die konservativen und die freiconservativen Partei. Auch gegen diejenigen Nationalliberalen, die nach Herrn Raumann, in Wahlrechtsfragen von höchster Wichtigkeit sind. Und wer sollen seine Bundesgenossen bei den Wahlen sein? Die Rechte nicht, die Mehrheit der Nationalliberalen nicht, das Zentrum nicht, die Polen nicht, sondern in der Hauptsache nur die bürgerliche Linke, die im jetzigen Abgeordnetenhaus ganze 38 unter 493 Mitgliedern zählt. Heute wird wohl Herr Raumann nicht mehr die Forderung aufrechterhalten, daß das Staatsministerium mit dem Beamtenrat vom 4. Januar 1882 bei den Wahlen Ernst mache, will sagen die Wahlen rückwärtslos beeinflusse und die Opposition an die Wand drücke. Dieses sein Verlangen ist von den Rebern der Linken entschieden verurteilt und zurückgewiesen worden, noch in den jüngsten Tagen. Der Freisinn müßte nichts als strenge Neutralität und Unparteilichkeit der Regierung bei den Wahlen. Aber, ob mit oder ohne Beamtenrat, was hätte ein Ministerpräsident zu erwarten, der bei den Wahlen fast alle Parteien, mit Ausnahme der bürgerlichen Linken, bekämpfte? Eine völlige vernichtende Niederlage wäre ihm gewiß. Und welchen Einfluß hätte die Auflösung des Abgeordnetenhauses auf die Parteiverhältnisse im Reichstag? Die gelamte Rechte würde gegen den Reichstanzler auf wie ein Mann, und sie zählt mehr Stimmen als die drei Gruppen der bürgerlichen Linken mit ihren insgesamt 50 Mitgliedern. Mit dem „Koll.“ und der „konser-vativ-liberalen Paarung“ wäre es vorbei, und Fürst Bülow könnte unter allgemeiner Heiterkeit seinen Abschied nehmen. Unter diesen Umständen kann man auf die gemeinten Auslassungen des Abgeordneten D. Raumann vom liberalen Standpunkte nur bedauern. Denn sie gehen von einer souveränen Mißachtung der tatsächlichen Verhältnisse aus und sie sind höchstens geeignet, das Verlangen nach der Wahlreform zu discredieren. Wäre irgend eine gerichtete Auflösung des Abgeordnetenhauses zu erreichen, so hätte Fürst Bülow ja vollkommen recht, wenn er sein Entgegenkommen zeigte, da er damit seine eigene Politik vom 13. Dezember 1906 umstöße wozu. Zu begründen ist der Unwille über die Erklärung des Staatsministers nur mit der Behauptung, daß mehr, beträchtlich mehr, in Aussicht gestellt wurde, auch ohne die Auflösung, ohne den Kampf der Regierung gegen die Mehrheit zu erlangen wäre.“

Die Affäre Hohenzollern-Lynar.

Ein Zwischenakt in der Untersuchungsfrage gegen den Generalleutnant v. D. Grafen v. Hohenzollern und den Major a. D. Grafen v. Lynar hat sich vor der Abteilung 22 des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg abgespielt. Der Herausgeber der „Militärpolitischen Korrespondenz“, der Militär-schriftsteller Otto v. Lohberg war von dem unter-suchungsführenden Kriegsgerichtsrat der ersten Garde-division als Zeuge in der Sache Hohenzollern-Lynar vorgehalten worden. Er sollte über gewisse Mitteilungen aussagen, die ihm von höheren Offizieren über homosexuelle Verhältnisse der beiden Grafen gemacht worden waren. Unter Berufung auf das Redaktionsgesetz in v. Lohberg es ab, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, die ihrer-seits anscheinend Wert darauf gelegt haben, im Hintergründe zu bleiben. Auf mehrfache Anforderung des Kriegsgerichts beharrte v. Lohberg bei seiner Weigerung. Darauf wurden die Akten an das zuständige Amtsgericht abgegeben, und durch Beschluß dieses Gerichts wurde v. Lohberg wegen Zeugnisverweigerung in eine Geldstrafe von dreißig Mark eventuell sechs Tage Haft genommen.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die Kommission des Reichstags für den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes setzte gestern die Besprechung des grundslegenden § 1 fort. Als Antwort auf die Anfrage des Abg. Trimborn gab der Staatssekretär des Innern die Erklärung ab, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkte aus, daß sie von ihrem Vereinsrechte Gebrauch mache, nur einjüngigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf jetzt vorschlägt, andererseits wird aber die Staatsgewalt durch den Entwurf nur auf der Basis des Vereins- und Versammlungsrechts beschränkt. Es sollten nicht etwa für die Vereine Vorschriften in dem Sinne geschaffen werden, daß sie nicht mehr allen Gesetzen unterworfen wären, hierauf wird die Sitzung vertagt.

Der Militärretent.

In der gestern fortgesetzten Beratung des Militärretentats in der Subdelegation des Reichstags erklärte auf eine Anfrage des Abg. Erbrüger über die Reorganisations in den Offiziersstellen General Sirt von Armin, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden. Ihm persönlich erscheine die Herabsetzung der Friedenspräsenz an Offizieren sehr gefährlich. Die Zahl der Stellen erkläre sich u. a. durch den Bedarf an Offizieren für die Kolonien, die alle aus der Arme herausgingen. Das Militärretentat sei bestrebt, durch eine entsprechende Verteilung der Akabeten an die an Offizieren schwachen Regimenter den Mangel ab-zudecken. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag

**Koste, die Wahrung für Gemeine einschließlich der Spielplätze, Otonomieverbände und Sanitätsmannschaften (son für das Rechnungsjahr 1908 zu erhöhen, abgelehnt. Ein Gesuchsantrag über den, der eine Resolution Gröber, gleichseitig mit dem Begehren der Offiziere auch die der Mannschaften zu erhöhen, das Wort einfügt „und Beamten“, wird angenommen, der Hauptantrag Gröber jedoch gegen 11 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Biemer, der in einer Resolution die Herabsetzung einer Erhöhung der Löhne für das nächste Etatsjahr zu verlangen, findet Aufnahme. Die einzelnen Titel wurden genehmigt. Nächste Sitzung heute 10 Uhr.**

### Allgemeine Mitteilungen.

Der vor dem Schöffengericht zu Breslau anberaumte Termin gegen den Redakteur der „Volkswacht“, Gustav Wolff, wegen Beleidigung des früheren Reichsministers Dr. Karl Peters, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

### Aus deutschen Parlamenten.

Die zweite Beratung des Etats soll im Reichstage erst nach der ersten Pause, also nach Kaisers Geburtstag, beginnen. Vorher sollen noch die verbleibenden Interpellationen und einige erste Lesungen erledigt werden.

### See und Flotte.

Kaiserliche Marine. „Arizona“ ist am 16. Januar von Amoy nach Hongkong in See gegangen.

### Deutscher Reichstag.

81. Sitzung am 16. Januar, 1 Uhr.

Das Aushören des heute früh verchiedenen Fürsten Zinn und Rynhausen wird von dem Hause in der herkömmlichen Weise geschehen.

In dritter Beratung werden die

#### Literatur- u. Verträge

mit Belgien und Italien betreffend genehmigt. Es folgt die dritte Beratung des

#### Sondervertrages mit Montenegro.

Auf eine Anfrage aus dem Hause bei der ersten Lesung gibt Staatssekretär Dr. Schöner kurz Auskunft über den Bau einer Bahn in Montenegro durch eine italienische Gesellschaft. Auch die Lokomotivangelegenheiten hätten Erfolgswahrscheinlichkeit. Die definitive Annahme erfolgt indesvermutlich. Alsbald wird die Beantwortung der Interpellation Gebha u. Gen. (Polen), betr. die Entziehungsvorlage in Preußen, fortgesetzt.

Abg. Hecker (frei. Berg.): Durch die Verheerung der Polen ist ein gewisser Kriegszustand allerdings geschaffen worden. Aber selbst im Kriege gibt es ungeschriebene Gesetze. Der ehrene Geh der Gleichheit vor dem Gesetze ist durch die Vorlage verletzt worden. Die preussische Regierung geht einen gefährlichen Weg, auf dem wir ihr nicht folgen können. Es handelt sich namentlich um eine gesellschaftliche soziale Maßnahme. Und da habe ich mich gegen sehr gewandert über den Eifer, mit dem Sie (Redner) werden sich hier zu den Sozialdemokraten die Entziehungsvorlage verurteilen. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, Sie wollen doch alles erziehen! Die Vorlage liegt doch gerade in der Richtung Ihres Vorkommens und Wünschens. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun Sie meine Herren (sich wendend zu den Konserverativen), Sie sollten doch am besten wissen, Sie mit Ihrer Liebe zum Grundbesitz, wie mich es tut, wenn jemand gewagt wird, seine Scholle zu veräußern! Sie können also gerade Sie mit einer solchen Entziehungsvorlage einverstanden sein! Ich hoffe, ich habe noch Hoffnungen und lege sie auf das Herrenhaus. Ich hoffe, daß dieses sich unmöglich einem solchen revolutionären Schritt anschließen wird. Aber ich hoffe auch an den Reichstasler.

(Großes Gelächter links.) Ja, meine Herren, ich hoffe auf diesen modernen Mann. (Erneutes Gelächter.) Ich hoffe, daß der moderne Geist, dem der Reichstasler unläufig Ausdruck gegeben hat, als er von Hlond's Bild im Strohzimmer Hlond's sprach, sich paaren möge mit dem Geiste des preussischen Ministerpräsidenten! (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Reebour (Sozialdem.) findet es unerlässlich, wie der Vorredner nach dem neuesten Vorgehen, mit dem Wahrsch, noch Hoffnungen auf den Fürsten Bismarck legen könne, und beurteilt alsdann auf das schärfste in längeren Darlegungen die preussische Polenpolitik. Herr Hecker habe sich darüber gewundert, daß die Sozialdemokraten dieser doch „im Wege des Sozialismus liegenden“ Entziehung nicht zustimmen. Aber Herr Hecker übersehe dabei, daß es sich hier um eine Entziehung handle, die im Wesen des Kapitalismus liege! Ebenso wie feinerseitig die feudale Entziehung der Bauern, die bekannte Vauerlegung! Dasselbe treffe zu für die einmaligen Entziehungsvorläge. Ueberall da haben die Großen die Kleinen ausgebeutet. Sie werden dem Sozialismus einen frühen Sieg! (Beifall bei der Sozialdem., Lachen rechts.)

Abg. Gebha (mitl. Berg.) wendet dem Vorredner: Sie bezeichnen selber gegen nationale Arbeiter den brutalsten Terrorismus! Wie können Sie da über

#### Realität des preussischen Staates

klagen! (Gelächter bei den Sozialdem.) Weiter wendet sich Redner auch gegen Hecker und gegen die Polen. Wie habe die Schlichte das recht- und schynliche Volk, insbesondere die Bauern, behandelt! Für die jetzt erziehenden politischen Freiheitskämpfer, so schließt Redner, steht mit dem Glaube. Eiserne, Eisen, Eisen und Eisen unseres Staates stehen auf dem Spiel! (Beifall und Hissen.)

Abg. Fürst Reymann (Polen): Wenn der preussische Staat seine politischen Interessen so behandle wie die Polen in Ostgalien die Russen behandeln, auch in der Schulfrage in Bezug auf die Winterprache, so würden wir ihm dankbar sein. Ich muß dem Beherrschenden zustimmen, daß die verübten Verbrechen nicht zugehen wollen. Außerdem tiefen Einfluß das preussische Entziehungsgesetz auf das Reich und auf die Verhältnisse der Einzelstaaten zum Reiche ausüben müsse. Wir rufen

#### das Individualrecht im S. S. des Reiches

an, um unsere Interpellation als berechtigt zu erweisen. Je mehr der Staatssekretär des Justizamts sich auf den formalen Staatspunkt zurückzieht, um so schwächer ist seine moralische Position. Das Vorgehen Preußens ist der Einbruch des Bandalismus in die politische Kultur, in die politische Moral. Jeder Staatsbürger werden Strafen verhängt, die nicht verdrohen haben, als daß sie der angekommenen Nation anhängen. Sie entziehen nicht Redakteure, sondern Bauern, die ihr Blut auf den französischen Schlachtfeldern vergossen haben. Keine Kritik können jemals solche Agitation entfesseln, wie diese preussische Vorlage. Diese vor die vorhandene Kritik nur noch verzögern. (Beif. bei Polen u. Zentrum.)

Abg. Gerde (katol.) verteidigt die preussische Diktatorpolitik. Wenn das Volk sich nicht wehren würde, würde die Mehrheit hinter dem Reichstasler stehen. (Beif. Gelächter in der Mitte.) In welcher Weise werden von den Polen die Deutschen begünstigt, nicht erst in neuerer Zeit. Wie werden sogar die deutschen katholischen Priester begünstigt, die sich erlauben, der deutschen katholischen Bevölkerung deutsch zu predigen! Beispielweise in Pöplin. Sie fühlen sich gar nicht als preussische Staatsbürger! Redner erinnert an die großpolnischen Verheerungen, denen auch v. Rosdolski in Lemberg Ausbruch gegeben habe und exemplifiziert noch auf andere ähnliche Vorkommnisse. Abg. Decker (Mitl. Berg.) bekämpft die Entziehungsvorlage als Ausfluß preussischer Diktatur, die von keinem Fremden entschieden verurteilt werde. Dabei daß die Entziehungsvorlage selber mehr als genug unter der Diktatur gelitten. Und wie im Falle Gebha-Entziehung, so seien auch in diesem Falle wieder die Konserverativen lieber Gegner der Abschaffung der Diktatur. Die Entziehungsvorlage bedeute schließlich: Macht geht vor Recht. (Beif. bei der Mitte.)

Abg. Reebour (Sozialdem.) wendet sich lebhaft gegen die Abg. Boehme und Goerde. Für letzteren sei charakteristisch, daß er sein curriculum vitae in dem kleinen Reichstaslerparlament's Almanach mit dem Worten geschlossen habe: „Kampf gegen die Sozialdemokratie.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Hecker (frei. Berg.): Wenn Sie rechtlich die Entziehung damit rechtfertigen wollen, daß ja die Entziegnen begünstigt werden, so frage ich Sie, was würden Sie sagen, wenn die Einsie die Krone entziehen wollten gegen „Entziehungsbillig“! Wir wollen, so schließt Redner, die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, dem Reichstasler zu versichern, daß wir ihm mit dem schärfsten Mißtrauen gegenübersehen. (Beifall.)

Abg. Gebha (Polen) bekämpft nochmals scharf die preussische Polenpolitik. Mit einer Anzahl persönlicher Bemerkungen schließt die Beantwortung. Der Abg. Reebour erfüllt nach einer Erklärung, weil er dem Abg. Gebha Mangel an Licht vorwerfe.

Um 5 1/2 Uhr trat das Haus in den nächsten Gegenstand der Tages-Ordnung ein: Interpellationen Wehrens (Christl. u.), Wieslerts (Zentr.) und Albrecht (Soz.) betr. reichsgesellschaftliche Regelung des Anspargelwesens.

Zunächst begründet Abg. Wehrens seine Interpellation. Darauf erfolgt Beantwortung.

Vorgens 1 Uhr Fortsetzung; dann Weiterberatung der Viehschnecken-Notelle.

Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 16. Januar.

Am Ministertische: Fürst Bismarck, v. Rheinbaben, Seifeler, v. Nolcke, v. Arnim. Das Haus ist ziemlich gut besetzt. Präsident v. Kroschke teilt den heute früh erfolgten Tod des Herrenhauspräsidenten Fürsten v. Zinn- und Rynhausen mit, der heute gerade 4 Jahre Präsident des Herrenhauses war. Es folgt die

#### zweite Lesung der Polenvorlage.

Abg. Kirch (Ztr.), zur Geschäftsordnung sprechend, beantragt Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission, da nachträglich einschneidende neue Anträge gestellt seien. Redner beschwert sich über die Geschäftsführung in der Kommission. (Beifall im Ztr.)

Abg. Keruth (fr. Sp.) schließt sich aus ähnlichen Gründen dem Antrag Kirch an.

Abg. Juchacz (nl.) bekämpft den Antrag. Die Vorlage sei in der Kommission genügend durchberaten worden. (Widerspruch im Zentrum und links.)

Abg. Bierer (kon.) bekämpft gleichfalls den Antrag Kirch als tatsächlich unzulässig.

Abg. Dr. v. Diemowitsch-Pomian (Polen) fordert nochmalige Kommissionsberatung.

Abg. Wolff-Miska (fr. Sp.) betont, die Ablehnung des Antrages Kirch würde der Tradition des Hauses widersprechen, da solche Wünsche großer Minderheiten immer berücksichtigt würden.

Abg. v. Sydbrand u. d. Pala (kon.) wäre mit nochmaliger Kommissionsberatung einverstanden, wenn sie einen praktischen Zweck hätte. Da das aber nicht der Fall sei (Widerspruch im Zentrum), so sei auch er für sofortige Verhandlung im Plenum.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kirch gegen die Stimmen des Zentrums und der Freimüthigen abgelehnt.

Es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die parlamentarische Behandlung der Vorlage. Dann nimmt

Abg. Glösel (nl.) als Berichterstatter das Wort. Er eröffnet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse der Kommission über die Gebirge. Er empfiehlt Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit dem konserverativ-nationalliberalen Kompromissantrag.

Abg. Dr. v. Jagowitsch (Polen) verliest eine Erklärung seiner Freunde, des Inhalts, daß diese sich an der Diskussion vorberathen und nicht teilnehmen werde. Es handle sich um ein Ausnahmefolge, wie man es nicht erwartet habe.

Abg. v. Sydbrand u. d. Pala (kon.) erklärt, seine politischen Freunde würden für die Kommissionsbeschlüsse und das Kompromiss stimmen, obwohl sie sich nicht verstehen, daß die Vorlage keineswegs einwandfrei sei. Aber die Kritik, der die Vorlage unterliege, könne auf die Anhänger der Vorlage nur Einfluß haben, wenn sie einen anderen positiven Vorschlag zur Erreichung des Zwecks der Vorlage bringe. Das sei bisher nicht der Fall gewesen, und aus nationalen Gründen hätte die Rechte trotz der Bedenken, die auch sie wenigstens zum Teil der Vorlage entgegenbringe, sich den Kommissionsbeschlüssen gefügt. Der Redner eröffnet dann die Einzelheiten der Vorlage und der Kommissionsbeschlüsse und begründet die Stellungnahme seiner Fraktion zu den Vorschlägen der Vorlage. Den Kompromissantrag erklärt er damit, daß die Notwendigkeit zu einer

#### allgemeinen Entziehungsbekanntmachung

für die Regierung nicht vorliege; diese Notwendigkeit sei nur in beschränktem Maße vorhanden. Auch die Zweckmäßigkeit sei in der Vorlage vorgeschlagenen Verfahrens sei seinen Freunden nicht zweifelhaft erschienen. Mit dem Kompromissantrag glaubten sie das höchstmögliche Maß von Zweckmäßigkeit herbeizuführen zu haben. Nun zur 2. Frage. Der Redner betont, daß Rechtsgründe gegen die Vorlage vorzubringen seien. Aber höhere rechtliche und ethische Momente rechtfertigen die Vorlage trotzdem: hier handle es sich um unsere nationale Existenz, und

#### das öffentliche Recht als Einzeln

stehe höher als das Eigentumsrecht des Einzelnen. (Widerspruch im Zentrum, bei den Polen und links.) Der Redner schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Staatsregierung, daß sie von der schwereren und schärferen Waffe des Entziehungsbekanntmachung Gebrauch machen werde, und einem Appell an die Polen, aus dieser Appell des Staates die Konsequenzen zu ziehen und sich vorbeschäftigt auf den Boden des Freiheitskampfes zu stellen. Die Rechte sei entschlossen, nötigenfalls zum Schutz des Deutschtums bis zum äußersten zu gehen. (Stimmlicher Beifall rechts und bei den Nationalliberalen; Hissen im Zentrum, bei den Polen und Freimüthigen. Der Beifallsturm setzt immer wieder ein und ruft neuen Widerspruch hervor.)

Ministerpräsident Fürst Bismarck: M. H., über die Materie, die uns heute beschäftigt, habe ich bei der ersten Lesung dieser

Vorlage mich so eingehend ausgesprochen, daß ich mich heute darauf beschränken werde, die Stellung der königlichen Staatsregierung zu präzisieren gegenüber den Beschlüssen Ihrer Kommission und dem Antrage der konserverativen, nationalliberalen und freikonserverativen Partei. Die königliche Staatsregierung wird den Vorschlägen der Kommission und dem heute zur Beratung stehenden Antrage der konserverativen, nationalliberalen und freikonserverativen Partei zustimmen. Was hiernach bewilligt werden soll, entspricht allerdings nicht ganz dem ursprünglichen Vorschlage der königlichen Staatsregierung. Die Einsparungen, die vorgenommen werden sollen, sind nicht ganz unerheblich und werden es uns vielleicht erschweren, das von uns erstrebte Ziel ganz zu erreichen. Die Vorschläge stellen das Mindestmaß der Mittel dar, mit denen die königliche Staatsregierung glaubt, ihre Anstehungspolitik fortsetzen zu können. Wenn die königliche Staatsregierung trotzdem mit diesen eingeschränkten Befugnissen auskommen will, so trägt sie dabei den Bedenken Rechnung, die ihr aus diesem hohen Hause entgegengetreten sind, Bedenken, die ich zwar nicht teile, aber nicht gering achten konnte, da diese Bedenken von Parteien erhoben sind, auf deren Unterstützung in der Diktatorvorlage die königliche Staatsregierung noch immer hat zählen können und auch in Zukunft zählen muß. (Beifall bei Reichsrechts und bei den Nationalliberalen.) Auch ich habe Verständnis für die Einwände, die einer zu weit gehenden Entziehung entgegen gehalten werden können, und die eben in der Rede des Herrn Vorredner bargelegt hat. Der Entschluß, die Entziehung zu fördern, ist aus mir selber geworden. (Lachen b. d. Polen.) Ich mache daraus gar kein Hehl. Ich habe mich dazu erst entschlossen, nachdem ich alle anderen Wege sorgsam geprüft und als unangbar erkannt habe. Für diesen Entschluß trage ich vor diesem hohen Hause und vor dem Lande die Verantwortung. (Beif. Beifall rechts und bei den Nationalist., Hissen bei den Polen. Zuruf: Auch vor der Geschichte!) Selbstverständlich auch vor der Geschichte. (Beifall bei Reichsrechts.) Ich habe mich bemüht, bei der Behandlung dieser Vorlage allen Chauvinismus auszuschalten. Ich habe mich bemüht, alles zu vermeiden, was die politischen Bedenken erzeugen könnte, und ich glaube, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses mit mir finden wird, daß diese Vorschläge die richtigen und dem Ernst der Situation entsprechend sind. Als innerhalb der Parteien, auf deren Unterstützung wir rechnen müssen, mancherlei Einwände laut wurden, ist von seiten der Staatsregierung alles vermieden worden, was nach einem Druck auf die Entschlüsse der Mitglieder dieses Hauses hätte ausüben können. (Stimmlicher Beifall rechts und bei den Polen.) Die Staatsregierung hat auch nicht mit dem Mittel operiert, die Verantwortung für die Folge einer Ablehnung der Vorlage dem Parlament zu überweisen. Die Staatsregierung war überzeugt, daß eine konsequente Fortsetzung unserer Diktatorpolitik nicht durch das Schwergewicht der sachlichen Gründe dahin geführt werden müßte, die Notwendigkeit der Anwendung der Entziehung durch die Anstehungskommission anzuerkennen. Diese Hoffnung hat uns nicht getäuscht. Ihre Kommission hat die Anwendung der Entziehung durch die Anstehungskommission unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt. Der Antrag der konserverativen, nationalliberalen und freikonserverativen Partei zielt der Anwendung der Entziehung durch die Anstehungskommission feste und ziemlich enge Grenzen durch Festlegung einer bestimmten Landfläche und einer geringeren Bemessung der Geldmittel. Weiter ist eine erhebliche Schwächung der durch die Regierungsvorlage für die Anstehungskommission gegebenen Vollmachten erfolgt. Inmehrin wird der Anstehungskommission hinsichtlich der Anwendung der Entziehung die notwendige Freiheit gewährleistet. Ich hoffe, daß das dazu beitragen wird, daß die Anstehungskommission die

#### scharfe Waffe der Entziehung

in ruhiger, besonnener Weise und mit jener Schonung anwenden wird, die mit dem ersten Kampf in den Diktatorverträge ist. (Beifall bei Reichsrechts und bei den Nationalist., Lachen links.) Unter diesen Umständen empfehle ich diesem hohen Hause die Annahme der Kommissionsbeschlüsse und des Antrages der konserverativen, nationalliberalen und freikonserverativen Partei. Ich halte mich aber für verpflichtet, bei diesem Anlaß jenen Parteien, die diesen Antrag unterstützt haben,

#### den Dank der königlichen Staatsregierung

auszusprechen. (Beifall bei Reichsrechts und bei den Polen.) Mit erhabener Stimme: Ich spreche diese Parteien den Dank der Staatsregierung aus für die Einmütigkeit, mit der sie unter Zurückstellung gewichtigter Bedenken sich bereit erklärt haben, freie Bahn zu schaffen für die Fortsetzung unserer Anstehungspolitik, durch die allein unser Staatswesen bestehen kann, was es für nächst ein nationaler Staat. (Beifall bei Reichsrechts und bei den Nationalist.) Das bisherige Ergebnis Ihrer Beratungen läßt mich hoffen, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses die Staatsregierung niemals im Stiche lassen wird, wenn es gilt, das Deutschtum zu verteidigen und den Widerstand zu überwinden, der ihm entgegengekehrt wird. (Stimmlicher Beifall rechts und bei den Nationalist.) Andererseits Hissen im Zentrum und bei den Polen, welches von den Konserverativen und Nationalist. mit erneuten Beifallstimmungen beantwortet wird.)

Abg. Keruth (fr. Sp.) betont, selbstverständlich wünsche auch seine Partei den Fortschritt des Deutschtums im Osten und sei bereit, ihn mit allen Kräften zu fördern. Es komme nur auf die Mittel an. Zu diesen rechte er vor allem die Anstellung besonders tüchtiger Beamten im Osten, Beamten, die namentlich die Polen zu behandeln wüßten, und zwar nicht als Staatsbürger zweiter Klasse. Die Regierung solle eine Politik treiben, die jedem Preußen erlaube, auf dem Preußenstolz zu sein; man würde auch die Polen Wert daran legen, Preußen zu sein. Die Vorlage sei für seine Freunde unannehmbar gewesen, weil sie

#### mit der Verfassung nicht im Einklang

stehe, dann aber auch, weil die Entziehung den erhofften Erfolg nicht verpöchte. Der Redner führt das näher aus. Was haben die Polen getan, um ein solches drakonisches Gesetz zu verdienen? Er wohnt jetzt 30 Jahre im Osten, hätte aber noch nie von „Waterlandsverrätern“ der Polen etwas bemerkt. Mögen sie sich doch im Glang ihres verwichenen Königreichs sonnen und polnische Pöbeln rufen! Das sollten wir ihnen nicht verwehren, solange sie sich politisch als preussische Staatsbürger betätigen. Jeder Stoß erzeugt einen Gegenstoß. Diese Politik der Radikalität schaffe nur immer neue Verwirrung. Es wird nicht lange dauern, dann wird die Regierung weiter mit ähnlichen Ausnahmefolgen kommen. Der Redner wendet sich darauf gegen die Kommissionsbeschlüsse. Wie wollen mit den Polen in Frieden leben und leben die Polen als Polenta als (Beifall b. d. Freil.)

Abg. Bierer (kon.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen. Abg. Graf Westhausen (Ztr.): Ich weiß, daß meine Ausführungen keinen Einfluß auf die Entschlüsse des Hauses haben werden. Es würde aber nicht der Bedeutung des Augenblicks entsprechen, wenn ich nicht die Empfindungen ausdrücken würde, die mich und meine Freunde befehlen. Um unsere Religion ist uns

nicht lange, wohl aber um unser gefeiertes Vaterland. Er habe sich in Heister Gesele geschämt, doch konservative Blätter von „Krisis“ „Gottmuth“ derer sprechen konnten, die jetzt von ihrer Scholle vertrieben werden sollten. Rebel habe selbst gesagt, diese Entgegnung entspräche den sozialdemokratischen Tendenzen, nur Bestätigung für die Polen und Dreyhagen. (Hört, hört! im Str.) Man würde nun auch vor weiteren Maßregeln wie Konfiskation, Expropriation nicht zurückweichen. Das sind

#### Grundzüge eines Wahlgesetzes

also nicht eines christlichen Staates. Es gibt einige unveränderliche Grundzüge der Gerechtigkeit, vor denen auch die Staatsraison Halt machen muß. (Stürmische Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.) Der Redner wendet sich jetzt gegen die konservative Partei, die doch sonst immer die gleichen Staatsgrundzüge wie seine Freunde hervorzuheben hätte. Gerade die Aufgabe der Konventionen müßte es jetzt sein, der Regierung die richtigen Wege zu weisen. Mögen sie es mit ihrem Gewissen abmachen! Mit dem schriftlich-konservativen Standpunkte, dem auch das Zentrum immer vertreten habe, siehe sich die Vorlage nicht vereinbaren. (Sehr richtig! im Str.)

#### Die heilige der Zwei die Mittel.

(Stürmischer Beifall bei Zentrum und Polen.) Der Redner schließt: Mögen die Mehrheitspartei mit den heutigen Tag verwinden, wo sie der Regierung so viele Nachteile in die Hand gegeben haben! Möge ich ein falscher Prophet sein! (Stürmischer Beifall bei den Polen und im Zentrum. Frisch Böllom erklingt wieder für einige Augenblicke im Saal, um sich dann zu verabschieden.)

Justizminister Bessler tritt in längerer Ausführung der Aufassung entgegen, daß die Entgegnung verfassungswidrig sei, und führt eine Reihe Rechtslehrer als Zeugen dafür an. Weitergens sei die Entgegnung illegaler Elemente gar nichts so Unerhörtes. Die der Ugl. Friedberg schon hervorgehoben, habe England den Tren gegenüber von der Entgegnung längst Gebrauch gemacht. Vor höheren Interessen müßte eben das Eigentumsrecht weichen, das entgegen der dursch dem Geiste der Verfassung.

Ugl. Vusenst (nl.) bezieht die Vorlage als eine Konsequenz anderer bisheriger Anliegenspolitik und empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse nebst dem Kompromißvertrag.

Ugl. Wolff-Billa (fr. Ugl.) bekämpft die Vorlage. Wenn die Regierung sage, hier liegt ein öffentlicher Rechtsfall vor, wo liegt denn die Notwendigkeit? Da, wo die Weisheit der Regierung antritt! (Beifall links.)

Ugl. Hohrecht (nl.) wendet sich in eindringlichen Worten gegen die immatische Agitation der Polen, die das Vorgehen der Regierung geradezu zu einer Pflicht mache.

#### Ein Antrag auf

#### Schluß der Debatte

über Artikel I, Ziffer 1 wird genehmigt. Gegen Preisfälligkeit, Polen und Zentrum wird Artikel I, Ziffer 1 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso nach kurzer Debatte Ziffer 2.

Für Ziffer 2, die die Förderung der Landarbeiterausbildung durch Prämiën will, hat der Ugl. v. Bobelshwings (konf.) einen Antrag gestellt, der 5 Millionen Mark aus den bewilligten Fonds als Prämiënfonds für die Bildung kleinster Rentengüter für Landarbeiter ausgeben wird.

Ugl. v. Bobelshwings (konf.) begründet seinen Antrag. Fast das gesamte Saal lacht sich um den Redner, der auf der Tribüne unverwundlich bleibt. Der Redner zieht den Antrag schließlich zurück.

Bei der Abstimmung wird Ziffer 2 mit derselben Mehrheit angenommen, ebenso die Debatte der Ziffern 3, 4, 5, 6, 7, die fast durchgängig durch die Einführung der Entgegnung bedingte redaktionelle Änderungen des Gesetzesentwurfes betreffen. Alle diese Ziffern werden in der Kommissionsfassung angenommen.

#### Zu Ziffer 8,

#### die staatliche Enteignungsbeschlüsse

auspricht, liegt außer dem Kommissionsbeschlüsse auch der bekannte Kompromißantrag der Rechten und der Nationalliberalen vor. Ein Antrag des Ugl. v. Nodderberg (Polen), die Abstimmung über diese 8 namentlich vorzunehmen, findet die notwendige Unterstützung beim Zentrum und Preußen. Es wird also namentlich abgelehnt im Zentrum. Die Debatte eröffnet

Ugl. Kandler (fr. Sp.), der Vorlage, Kommissionsbeschlüsse und Kompromißantrag bekämpft.

Ugl. Graf Croonen (konf.) vertritt auf eine Wiederholung der schon in der Generaldebatte erörterten Gründe für die Entgegnung und erklärt namens seiner Partei, daß diese nicht etwa in der Vorlage den ersten Schritt auf diesem Enteignungswege läßt, sondern sich ihre Stellungnahme zu etwaigen späteren Vorlagen gleicher Art völlig frei halte. Der Redner kritisiert dann die polnischen Behauptungen ähnlich wie der Ugl. v. Heydenbrand.

Nach einer kurzen Bemerkung des Ugl. Biered (konf.), das Enteignungsrecht auch auf säkularisierte Grundstücke auszuweiten, beginnt die Abstimmung. Es wird, wie erwähnt, namentlich, und zwar zuerst über den Kompromißantrag der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt. Das Ergebnis ist folgendes: Von 318 Abgeordneten haben 198 mit Ja, 119 mit Nein im gesamt. 1 Abgeordneter hat sich der Abstimmung enthalten. Der Kompromißantrag ist abgelehnt. Die Kommissionsbeschlüsse sind die Vorlage und die Kommissionsbeschlüsse gefallen.

Deutliches werden die §§ 14—19 in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso teilweise mit kleinen redaktionellen Änderungen die übrigen Paragraphen des Artikels 1 und die Artikel 2 und 8 der Vorlage. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft und der Präsident bekennt die nächste Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr an. Tagesordnung: Dritte Lesung der Entgegnungsvorlage, zweite Lesung des Etats. Erat der Landwirtschaft.

Schluß 4 1/2 Uhr.

#### Der Prozeß Roeren-Schmidt in zweiter Instanz.

Der der Strafammer des Königlich Landgerichtes begangen geteilt vormittag die Berungsverbhandlungen in der bekannten Privatlagelade des Reichstagsabgeordneten und früheren Oberlandesgerichtsrat Geh. Justizrat Roeren gegen den früheren Bezirksamtsrat von Logo Geo Schmidt. Den Vorrich führt Landgerichtsdirektor Krahenberg, als Vertreter fungieren Landgerichtsrat Schmitzer und Assessor Dr. Friederich. Dem Kläger stehen die Rechtsanwältin Justizrat Cammerbach und Dr. Schreiber-Rön, dem Beklagten H. A. Dr. Weber-Berlin, und der Rechtsanwält Führer-Rön, zur Seite. Der Zukrerraum, der beim ersten Prozesse kaum die Maße zu fassen vermochte, ist heute fast leer. Zeugen sind nicht geladen.

#### Ausland.

#### Im Stössel-Prozeß.

war am Mittwoch ein interessanter Tag. Die Hauptzeugen waren seitens der Marine die beiden Admirale Voshöpsmann

und Gregorowitsch sowie Kapitän ersten Ranges Schenschnowitsch. Die Aussagen aller drei Zeugen waren, dem „Tag“ zufolge, belastend für den Angeklagten. Voshöpsmann sagte aus, daß während General Stössel nur 8000 Mann kampffähiger Soldaten bei der Kapitulation angab, tatsächlich noch 17 000 Mann Infanterie und 6000 Matrosen vorhanden gewesen seien. Die Admirale waren über die Kapitulation empört, besonders Admiral Wiren, den Stössel total überrumpelte, als er ihm mitteilte, seitens der Flotte sei ein Bevollmächtigter auszuwählen, der sich der Kommission der Delegierten anzuschließen habe, um mit den Japanern wegen Kapitulationsbedingungen zu unterhandeln. Die gesamt Gefangenen, 23 000 Mann, legten zu Fuß 19 Meilen zurück, um die Schiffe zu besetzen. Der vollkommen wohl und gesund dreinblickende Admiral Wiren war so empört, daß er den vorüberziehenden Soldaten drohende Worte zurief. Vorwürfe waren ebenfalls noch für zwei Monate vorhanden, und zwar 800 000 Kilogramm Mehl, 3000 fetter und gesunde Pferde und im Stilleliegenden Häfen mit notwendiger Unruhe den Ausgängen der Admirals Voshöpsmann zu. Voshöpsmann kühnte sich Admiral Gregorowitsch. Eine traurige Rolle unter den Zeugen spielte der Stabschef des Generals Graf Oberst Dmitriewski, der sich absolut keiner wichtigen, für sich belastenden Begebenheit erinnern. Auch während der Kapitulationsverhandlungen mit den Japanern, denen er beimohnte, seien ihm Details, von zwei Punkten abgesehen, nicht erinnerlich. Sein Benehmen vor Gericht wirkt auf die Richter wie auf das Publikum lächerlich. Seine Stellung als Generalstabsoffizier dürfte danach direkt erschütterter sein.

#### Die Franzosen in Marokko.

Der französische General d'Amade ist in Settat eingetroffen.

#### Kleine Tagesnachrichten.

— Die Ernennung Schipow zum russischen Handelsminister steht bevor. Schipow war im Kabinett Witte kurze Zeit Finanzminister.

— Die religiöse italienische Monatschrift „L'Annunzio“ ist trotz der Exkommunikation wieder erschienen. Graf Gallati Scotti, einer der drei Herausgeber, ist mit der Erklärung zurückgetreten, dem päpstlichen Gebote gehorchen zu wollen, obgleich seine Uebersetzungen dieselben geblieben seien.

#### Halle und Umgebung.

Salle, 17. Januar.

Die Vorlesungen des verstorbenen Direktors der medizinischen Klinik, Geh. Med.-Rats Prof. Dr. von Mering sind dem Direktor der medizinischen Poliklinik, Prof. Dr. Adolf Schmidt, übertragen.

Das Schlachthaus-Kuratorium beschäftigte sich in seiner vorgelegten Sitzung u. A. mit einer recht beachtenswerten Frage. — Bezüglich des von auswärtig eingeführten Fleisches bestehen zwei Verordnungen, die mit einander kollidieren. Das Reichsgesetz bestimmt, daß von auswärtig in einen Ort eingeführtes Fleisch mit dem Stempel eines autorisierten Tierarztes, der das Fleisch vorher untersucht haben muß, zu versehen ist, dann kann es unbehandelt verkauft werden. In unserer Stadt gibt es ein Christstat, wonach hier einzufließendes Fleisch vorher den Schlachthof passiert haben muß und mit einem Stempel versehen sein muß. — Das Kuratorium stellte sich auf den Standpunkt, daß für uns nur unter Christstat maßgebend und danach zu verfahren ist. Trotz der rechtsgeltendsten Bestimmungen kann viel schlechtes Fleisch von auswärtig hier eingeführt und verkauft werden, sehr zum Schaden unserer Fleischermeister, die zulehen müssen, wie ausgebildete Händler ihre mitunter recht zweifelhaften, aber abgeimpelten Fleischwaren hier los werden.

— Zwangsversteigerung. An hiesiger Gerichtsstelle wurde im Wege der Zwangsvollstreckung des hier, Mittelwache 1 gelegene, auf den Namen der Witwe Senegal, Maria geb. Kühlemann hier eingetragene Grundstück, mit einem jährlichen Nutzungswert von 1420 Mk., öffentlich meistbietend versteigert. Ersteher war der Mühlenbesitzer Hermann Pfautsch in Belschitz mit 24751 Mk.

#### Gerichtsverhandlungen.

#### Strasammer.

Halle, 15. Jan.

Zu jeder Beurteilung gehört ein Vergehden.

Ein Radfahrer von hier war in einer stürmischen Novembernacht die Väterne erlitten und schließlich gar entzwei geworden. Seine Verwundungen in den Brustteilen, die er durchfiel, ergab zu finden, waren verheerlich. Zu allem Unglück begegnete er vor der Stadt noch einem Polizeibeamten, der ihn wegen Mangels einer krennenden Väterne notierte. Gegen die polizeiliche Strafverfügung hatte der Radfahrer gerichtliche Einwendung beantragt. Mit Erfolg, denn das Schöffengericht hob die Polizeivote auf. Nach Einlegung des Rechtsbeschwerde geht zu seiner Beurteilung ein Vergehden. Unter Umständen aber, wie oben geschichterten, könne von einem wirklichen Vergehden nicht die Rede sein.

#### Spät entbedt.

Die Arbeiterfrau M. von Gieschelsheim hatte vor fünf Jahren im Tanzsal eine goldene Damenuhr gefunden. Sie mußte ganz genau, daß die Uhr einer ihrer Bekannten Arbeiterfrau gehöre. Trotzdem zog sie es vor, die Uhr zu behalten, da sie selbst keine besaß, sich aber sehr nach einem solchen Schmuckstück sehnte. Fünf Jahre lang gelang es ihr, ihren Schatz unentdeckt zu hüten, bis die Hundunternehmung eines Tags noch an sich, der Sonne kam. Das Gerücht, daß die Verlobung mit ihm, da die Frau schon so weit zurückliege. Die Hundunternehmung wurde antragsgemäß zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt.

#### Ein Gerichtshof für jugendliche Angeklagte.

Breslau, 14. Jan. Hier ist ein besonderer Gerichtshof für Angeklagte bis zu 18 Jahren gebildet worden. Vor ihm werden sowohl Straftaten wie Uebertretungen verhandelt werden, auch in solchen Fällen, in denen jugendliche und ältere Angeklagte gemeinschaftlich gehandelt haben.

— Ernt, 15. Jan. (Die Braut in einem Brunnen geworfen.) Vor dem Schöffengericht hatte sich heute der 24 Jahre alte, bisher unbefristete Dienstknecht Adolf Böcke aus Dammheim bei Ansbach wegen Mordversuchs zu verantworten. Böcke gestand vor den Richtern heute unumwunden ein, daß er zwei Gefährte gehabt und die er nach diesen 10 Jahren tiefen Brunnen geworfen habe, 1 der Uebst, die zu töten. Kur durch einen Zufall war es dem unglücklichen Mädchen gelungen, dem Tod zu entfliehen.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach verlesenen Worte, und das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 10 Jahren Zuchthaus und gleich langem Exterrukt.

Essen, 16. Jan. Wegen Bergewaltigung der Ehefrau des Bergmanns Groß, die insofern bedauerlich, erzielten die Bergleute Walter und Jrens zehn befristetlich sieben Jahre Zuchthaus.

#### Provinzialnachrichten.

#### Die Tragödie von St. Andreasberg.

St. Andreasberg, 16. Jan. Zu der Bergfestigungsaßfäre über die wir gestern kurz berichteten, wird weiter gemeldet: In der Nacht auf Dienstag hat die Frau des Desinfektors, Frau Minna Kufischer geb. Trexler, sich selbst und ihre drei Kinder ansehend mit Strichnium vergiftet. Den Hausbewohnern fiel es am Dienstag morgen auf, daß die Kufischer Wohnung nicht geöffnet wurde und auch sonst nichts von den Bewohnern zu hören war. Man entschloß sich daher, die Wohnung aufbrechen zu lassen und fand die Frau und ihre drei Kinder in ihren Betten tot vor. Die graufige Tat muß zwischen Mitternacht und Tagesanbruch geschehen sein, denn kurz vor 12 Uhr hat man die Familie noch gehört. Dem Ehemann der Unglücklichen, der gerade in Clausthal weilte, wo er am Leidenbegänis seines vor einigen Tagen durch Selbstmord geendeten Vaters, des Hüttenmanns Louis Kufischer, teilgenommen hatte, wurde die graufige Nachricht telegraphisch mitgeteilt. Frau Kufischer, die einem weiteren Familienergänis entgegen sah, war 31 Jahre, die drei Kinder Käthe, Alice und Arthur, 9, 4 und 2 Jahre alt, der schwer getroffen Ehemann, ein geborener Clausthaler, steht im 38. Lebensjahre. Einen erklärlichen Grund für die graufige Tat kennt man nicht, jedoch ist sie wohl in einem Anfall von Schwermut geschehen, denn Frau Kufischer hat seit langem an Kopfschmerzen und einem Nervenzustand gelitten, wie auch ihr Vater eine Zeitlang in einer Nervenheilanstalt in Göttingen sich aufhalten mußte. Da ihr Mann sich auch viel mit Ausstopfen von Wägeln un. beschäftigte, dürfte die Frau sich verhältnismäßig leicht Gift haben verschaffen können. In St. Andreasberg sowohl wie in Clausthal, wo die Kinder, allerliebste Blondköpfe, zeitweise gewohnt haben, hat die schredliche Tat die allergrößte Aufregung hervorgerufen. Der unglückliche Vater ist von dem schweren Schläge ganz gebrochen.

§ Frankenhausen, 16. Jan. (Die Leiche des Fr. Krause.) die am Sonntag früh in ihrer Bewalung aufgefunden wurde, ist getern nach Artzen überführt worden, woselbst die alte Dame in dem dort befindlichen Erbgräbnis beiseigert wird. Die Ermittlungen der Behörden haben ergeben, daß ein Testament nicht vorliegt, daß aber Fräul. Krause ein Vermögen von ca. 30 000 Mk. (in Barcheld, Wertpapieren, Grundstücken, u. a. in Artzen etwa 8—9 Morgen Land) verfügen konnte, das ihr gelastet hätte, ein ihrem Stande nach würdiges Dasein zu fristen und ihren Kindern Leben zu führen. Da es in diesem Falle noch nicht einmal sog. laufende Erben zu geben scheint, dürfte, nach der „Frankenst. Ztg.“, die Erbschaft dem Staate zufallen.

§ Weimar, 16. Jan. (Ueber den Ermordeten Giegler) schreibt man noch: Er war ein gutmütiger Mensch, und wo er vertraute, war er ganz blind. Er konnte in der Beurteilung seiner Mitmenschen von einer Ungerechtigkeit oder richtiger wohl Unvollständigkeit sein, die er Erkennen setzen und aufstellen mußte. Er, der ständig unter fremden Menschen lebte und mit fremden Menschen zu tun hatte, wurde durch seine schlimme Erkrankung klug. Leuten, die ihn besahen und bezogen, die sein Vertrauen auf das schlimmste mißbrauchten, vertraute er immer wieder; je ehrlischer, offener, selbstloser und redlicher aber einer zu ihm war, desto mehr Mißtrauen brachte er diesem entgegen. Darin lag etwas stark Pathologisches. Auch diese Schwäche hat dem unglücklichen Manne sein tragisches Schicksal geschaffen.

§ Dresden, 16. Jan. (Eine furchtbare Familienkatastrophe) hat sich heute mittag in einer Dachwohnung des Hauses Zwickauer Straße 25 abgespielt. Dort erkrankte der stellenlose und schwindsüchtige 33jährige Bierausgeber Felix Hofmann in seine beiden Kinder, ein 4 Jahre altes Mädchen und einen 1 1/2 Jahre alten Knaben. Dann richtete er die Wurdwaffe gegen sich selbst. Nachbarn, die die Revolvergeschosse vernahmen, ließen sofort die Wohnung des Bierausgebers gemächlich öffnen und fanden alle drei bereits als Leichen vor. Die Mutter der ermordeten Kinder betrat wenige Augenblicke nach der Bluttat die Wohnung. Hofmann war bereits seit Monaten arbeitslos. Tot scheint das Motiv zu der Tat zu sein.

§ Oßab, 16. Jan. (Ein Morbansfall) wurde auf den Inspektor des Ritterguts Saalklausen verübt. Der Wirtschaftsbeamte hatte am Sonnabend zwei polnische Arbeiter, die er nicht an Arbeit angenommen. Als diese am Dienstag ihren Dienst antreten sollten, wogerten sie sich und verlangten ihre Bantze zurück, die der Inspektor scheinbar ihnen verweigerte. Der eine Pöte griff hierzu auf seinem Messer und stieß es dem Inspektor bis zum Griff in die Brust. Schmer getroffen brach der Inspektor zusammen; der alsbald herbeigerufene Arzt konstatierte eine schwere Verletzung. Beide Polen wurden verhaftet.

§ Rötzen, 16. Jan. (Der Verbrannt.) In Keupzig kam die stürmische Tochter des Hofmeisters E. einem brennenden Stiche zu nahe, wobei die Kleider des Kindes in Brand gerieten. Das Mädchen erlitt so schwere Brandwunden, daß es verstarb.

§ Jersit, 16. Jan. (Ermächtigung.) Der am 7. Jan. verstorbenen Fräulein Kaufmann Friedrich Bachfeld hat der Stadt 10 000 Mark mit der Bestimmung hinterlassen, daß die Zinsen in Höhe von etwa 400 Mark zunächst den beiden Schweltern des Stifters zufallen, nach deren Ableben aber zum Besten einer städtischen Bibliothek und Lebenshilfe verwendet werden sollen.

(1) Weimar, 16. Jan. (Graf Oskar Bedell.) Gestern früh hat der Reich. Geh. Rat Kammerherr und frühere Oberhofmarschall Graf Oskar Bedell.

§ Eisenberg, 16. Jan. (Städtisches.) Zwischen dem Stadtrat und dem Statverordneten sind Mißverständnisse ausgebrochen, die in den Städtischen ihren Grund haben. Die Statverordneten, betonten, daß die Anleiheemission in Zukunft ein Ende nehmen müsse, sollte das Stadteresse nicht darunter leiden.

§ Saalfeld, 16. Januar. (Mit reichem Kinderleben.) Die Frau ist eine an der Weisburg wohnende arme Arbeiterfamilie. Die Frau aus acht Köpfen bestehende Familie wurde dieser Tage gleich um drei Personen vermehrt, da die Frau Drillinge bekam. Die letzteren, drei Jungen, sind gesund und munter.





# Handel, Gewerbe und Verkehr.

**Berliner Börse.** Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 200, Diskonto 172, Deutsche Bank 231,40, Berliner Handels-Genossenschaft 157,12, Kanada 159,25, Baltimore 86,62, Paketfahrt 114,5, Nordd. Lloyd 108,25, Russische Anleihe von 1902 81,70, Laurahütte 217,50, Bochumer Guss 198,50, Harpener 202,50, Gelsenkirchen 187,50, Phönix 159,25, Dresdner Bank 138,12, Schaaffhausen 135,10, Lombard 27,90, A.-E.-G. 200,25, Tendenz: Schwach. — Auf dem Kassamarkt notierten höher: Lindner Brauerei 6,12, Adler Zementfabrik 2,75, Alsen Zement 2,75, Henninger Zement 2,25, Krümmerei 3,50, Park Witzleben 40 Mk., Deutsche Gasglühlicht 5, Gerresheimer Glas 2,50, Planawerke 3, Schönwald Porzellan 2, Sitzendorf Porzellan 3, Bodburger Wolle 1,25, Bemberger Spinnerei 2, Eilenburger Kattun 2,50, Friedrichshagen 2,50, Friedland 1,50, Märkische Aktien 4, Lapp 3,50, Friedländer Gaswerk 1,50, Müllerei Westf. Bergwerk 4, Grube Leopold 2, Rhein-Nassau 15,25, Stolberger Zink 6. — Dagegen notierten niedriger: 3/4proz. Reichsanleihe 0,20, 3/4proz. Reichsanleihe 0,10, 3/4proz. Konsols 0,30, 3/4proz. Konsols 0,10, Landr. Brauerei 3,50, Vogtländer & Sohn 2,50, Breitenburg Zement 2,50, Adler Fahrrad 2, Aluminium-Ind.-Ges. 1,50, Balcke-Telling 1,50, Verbet Eisenwerk 2,75, Frister & Rossmann 3,50, Artur Koppel 1,75, Kronprinz Metall 2, Lübecke Sech. 2,75, Orenstein & Koppel 2,20, Paucksch 2,75, Reichelt Metall 2, Seck 2, Neue Boden-Ges. 2, Amnaburg Steingut 1,50, Königswald 1,75, Parolium 1,50, Albert chem. Fabrik 3, Bergmann Elektr. 1,75, Varrel Papierfabrik 3,25, W. G. Hartwig Gummi 2, Kruschwitz Zucker 2, Boesener 1,50, Osterr. Mannesmann 1,50, Königshorn 1,25, Lauchhammer 1,25, Mecher-berger Bergwerk 4,75, Thomée 2,50.

**Zur Diskontierung der Bank von England.** Die erwartete weitere Diskontierung der Bank von England wurde, wie berichtet, in der letzten Sitzung des Direktoriums beschlossen, und zwar in dem Masse von 1 Proz., von 6 auf 5 Proz. Wenn auch in der letzten Woche ein weiterer Goldabfluss aus der Bank nach dem Auslande stattfand, und zwar in Höhe von rund 600 000 £, so hat sich doch der Status des Instituts fortgesetzt in erheblichem Masse geklärt, und namentlich der vorige Wochenanfang zeigte eine so bedeutende Zunahme des Prozentverhältnisses der Reserven zu den Passiven, dass man schon am vorigen Donnerstag die Ermässigungssatzregel erwartet hatte, die damals wohl nur um deswillen auf sich warten liess, weil die Bankleitung erst eine bessere Übersicht über die südamerikanischen Goldansprüche zu erlangen wünschte. Die amerikanischen Banken suchten auch aus der Entwicklung der amerikanischen Geldverhältnisse Vorzug zu ziehen, und die Gestaltung des Marktes nicht als eine Entlassung zu betrachten war, was gleichfalls auf den Entschluss der Direktoren der Bank von England eingewirkt haben mag.

**Königl. Seehandlung (Preussische Staatsbank).** Nach den Angaben des preussischen Etats betrug der Reingewinn der Seehandlung im Jahr am 31. März 1907 abgelaufenen Geschäftsjahr nach Verrechnung der Vor- und Rücklagen 3 277 000 Mk., Kurserlöse nach 82% Mill. gestiegene Betriebskapital. Die Bilanz wies Ende März 72,3 (71,74) Mill. Effekten und 27,34 (21,92) Mill. Schatzanweisungen auf. In dem Etat für 1908 sind an Einnahmen vorgesehen 4 463 100 (4 457 100) Mk., an Ausgaben 927 800 (801 800) Mk.

**Die Kanalarbeit ist vollständig gescheitert.** Das Uebernahmevertrag muss 90 Proz. der Anteile selbst übernehmen. **Kaligewerkschaft Wollstadt.** Die Gewerkschaftsversammlung einstimmt 25 Mk. Z. u. b. u. s. e. für Kux zwecks Fortführung der Bohrung bei Geestensee, die heute bereits 500 m tief ist. **Nordhäuser Kalkwerke, Akt.-Ges.** Das Unternehmen, das bisher als Karmallitwerk galt, soll jetzt auch Hart- und Salzwerke angefahren haben.

**Der Kuperblechgrundpreis wurde auf 171 Mk. erhöht.** **Vom Meuselwitzer Kokenmarkt** wird berichtet, dass auch im Dezember eine wesentliche Abflutung nicht eingetreten ist. Auf den 36 altburgischen Werken konnten 283 811 t Braunkohlen zutage gebracht und 60 097 t Briketts produziert werden. Es steht demnach die Förderung nur mit ungefähr 6000 t und die Brikettfabrikation mit noch nicht 900 t hinter dem November zurück. Dagegen bringt ein Vergleich mit dem Vorjahre bis zum Dezember 1907 ein Mehr, das bei der Brikettfabrikation über 16 000 t und bei der Förderung fast 80 000 t ausmacht.

**Stahlwerksverband in Düsseldorf.** Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten A im Dezember 1907 betrug 359 515 t Rohstahlgewicht, 423 055 t im November 1907 und 449 025 t im Dezember 1906. Von dem Dezemberstand entfallen auf Hamburg 81 700 t (115 591 t im November v. J. und 142 008 t im Dezember 1906), auf Berlin 105 270 t (145 111 t im November v. J. und 131 873 t im Dezember 1906) und auf Eisenmaterial 219 530 t (222 074 t im November v. J. und 175 144 t im Dezember 1906). Der Versand wurde in Halbzeug beeinträchtigt durch die Zurückhaltung der Abnehmer, welche infolge der Preisermäßigung im Preis um 1/8 nur die unbedingt notwendigen Mengen zu den alten höheren Preisen abholten, während im letzten Drittel des Monats durch die Weihnachtsfeierstage und die gegen Jahresende üblichen Inventur- und Reparaturarbeiten, in Formeln dadurch, dass infolge des teuren Geldes nicht wie in den Vorjahren die Träger in die Winterlager der Händler abgeholt wurden, das Geschäft im Schienen- und Baustahlwesen gering. Eine Ermässigung der Preise in Stangenisen rief Beunruhigung hervor und für Stahlkugelproduzenten ist daher nach ihrer Aussage die Aufrechterhaltung der Preise schwierig. Auf die Ermässigung der Preise für Schwarzbleche ist nur eine bescheidene Zunahme der Verkäufe erfolgt, dagegen erhöhten sich die Verkäufe von Weissblechen. Die nicht vom Stahlwerk hergestellten Stahlrohre liegen fest, während Eisenröhren schwächer tendieren. Infolge Ueberproduktion sind die Aluminiumpreise von 26 auf 38 c herabgesetzt worden.

**Königliche Petroleumgesellschaft in Amsterdam.** Das Geschäft, das diese Gesellschaft 18 Proz. Abschlagsdividende verteilt wurde, wird demeritert.

**Wilhelms in Magdeburg.** Die Subdirektion der Wilhelms in Magdeburg, Abteilung für Auslassungsversicherung, Berlin, sendet seinen Herren Vertriebskassakollegen für das Jahr 1908. Der Kalender dient dem Bedürfnis des Publikums, das Schutz gegen die seinem Effektenbesitz durch Auslösung drohenden Verluste sucht. Zwei alphabetische Verzeichnisse führen die Namen und die zuletzt gültig gewesenenen Prämien- und Ent-

**Schuldensätze sämtlicher versicherungsbefähigter Wertpapiere** an, während ein Kalender für Prämienanträge, die besonders starker Verlustgefahr ausgesetzt sind, für jeden einzelnen Tag des Jahres die stattfindenden Ziehungen anzeigt und Angaben über die grössten und kleinsten Treffer, die Auszahlungsbeträge und -termine usw. enthält.

**Norddeutsche Zuckerraffinerie in Hamburg.** Die Tagesordnung der Generalversammlung der Norddeutschen Zuckerraffinerie enthält ausser den Regularien folgenden Punkt: Bericht über die Sachlage und Beschlussfassung über die zu ergreifenden Massnahmen.

**Der Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luthar A.-G.** in Braunschweig sind zwei pneumatische Getreide-Elevatoren von 16 000 t stündlicher Leistung für den Rotterdamer Hafen in Auftrag gegeben worden.

**Wander-Fahrradwerke vorm. Winkhofer & Jänicke, Akt.-Ges., Schönau bei Chemnitz.** In der Generalversammlung teilte der Vorstand mit, dass die Gesellschaft mit einem grossen Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr eintritt und derselbe gegenüberwärtig ein bedeutend höherer als zur gleichen Zeit des Vorjahres an Fahrrädern und Schreibmaschinen sei der Geschäftsgang ausserordentlich lebhaft, während in Werkzeugmaschinen sich eine gewisse Zurückhaltung der Käufer fühlbar mache. Die starke Zunahme in der Schreibmaschinenbranche erfordert eine Ausdehnung der dafür benötigten Fabrikationsanlagen, die aufzuwendenden Mittel vorwiegend aus den laufenden Einnahmen entnommen werden können. Es sei wohl anzunehmen, dass auch das laufende Geschäftsjahr den Erwartungen entsprechen werde.

**Horch & Co., Motorwagenwerke, Akt.-Ges., in Zwickau.** Auf die Anfrage eines Aktionärs wurde von der Direktion mitgeteilt, dass die Dividende für das Jahr 1907 schätzungsweise die Höhe wie für das Jahr 1906, also 25 Proz., erreichen dürfte.

**Internationales Komitee der Baumwollspinner- und Fabrikantenvereinigungen.** Ueber die in Manchester abgehaltene Sitzung dieses Komitees wird des näheren gemeldet: Präsident C. W. Macara (England) und Kommerzienrat Kuffler (Oesterreich) berichteten über die Atlanta-Konferenz von Baumwollspinnern, Spinnern und Webern, der sie im vergangenen Oktober im Interesse des internationalen Erwerbs beigewohnt hatten, und schilderten die Reise, die sie im Anschluss an diese Konferenz durch die Baumwollstaaten Amerikas unternommen hatten. Die Atlanta-Konferenz hatte bekanntlich eine Erklärung angenommen, dass die verschiedenen Planzer- und Spinnvereine eine ständige Organisation gründen sollten, damit die beiden Interessenten näher in Verbindung träten. Das internationale Komitee beschloss hierzu, da eine grössere Anzahl von amerikanischen Planzern und Industriellen für den nächsten Pariser Baumwollkongress erwartet wird, diesen Punkt bis dahin zu verschieben. In der Absicht, zu erfahren, welches wirklich der Selbstkostenpreis für die Hervorbringung amerikanischer Baumwolle ist, ferner um die vom internationalen Baumwollfabrikantenverbande angeregten Verbesserungen in der Kultur, dem Entkernen, Transportieren der Baumwolle praktisch zu demonstrieren, wurde vor einiger Zeit von einflussreicher Seite angeregt, man solle eine Gesellschaft gründen, um eine Baumwollpflanzanlage in Amerika selbst zu errichten. Kommerzienrat Arthur Kuffler (Wien) und der Sekretär des internationalen Baumwollfabrikantenverbandes Arno Schmidt (Manchester) beschließen deshalb anlässlich ihrer Reise durch Amerika eine Pflanzanlage im Mississippi-Delta, die zu verkaufen ist. Nach Bericht des Sekretärs der Kommission, die die amerikanische „Nach Erwägung der Berichte des Herrn Kommerzienrat Arthur Kuffler und des Herrn Arno Schmidt über den Ankauf einer Baumwollpflanzanlage in den Südstaaten von Amerika, unter europäischer Leitung, unterstützt das Komitee einstimmig das Prinzip eines solchen Vorhabens als das schnellste Mittel, um im Interesse der Baumwollproduzenten der Welt die internationalen Baumwollkongressen angeregten Verbesserungen in der Handhabung der Baumwolle zu erzielen, und wird die Mitglieder ihrer Vereinigung auffordern, Aktien der zu gründenden Gesellschaft zu nehmen.“ — Der nächste Internationale Baumwollkongress wird in Paris abgehalten werden. Der Präsident Casimir Berzer (Paris) berichtete, dass ein Juristenratung nehmen. Das Programm enthält folgende vier Hauptthemen: „Feuerversicherung in der Baumwollindustrie; Baumwollkontrakt; Baumwollkultur; Organisation der Vereinigungen.“ H. W. Macalister (England) berichtet endlich über den Fortschritt der Arbeiten, die von der Beauftragungskommission des internationalen Verbandes zu verzeichnen hat.

**Die Gladbacher Spinnerel und Weberel** erzielte in 1907 einen Ueberschuss von 300 505 Mk. (i. V. betrug der Gewinn einschliesslich 10 254 Mk. Vortrag ohne Berücksichtigung der Abschreibungen 21 027 Mk.). Hiervon sollen 55 000 (45 000) Mk. als Abschreibung auf Maschinen und Gebäude gebracht, 19 378 (16 702) Mk. zur Ergänzung des Reservekontos auf die statutenmässige Höhe vorgetragen und 55 000 (45 000) Mk. der Generalversammlung die Verteilung von 9 (6) Proz. Dividende vorgeschlagen werden.

**Trikotantenkonvention.** Das W. T.-B. verbreitet folgende Meldung: „Nach erfolgter Verständigung hat nunmehr der Verband deutscher Textilgewerkschaften der Textilbranche die gegen den Verband deutscher Trikotfabrikanten ergriffenen Massnahmen zurückgezogen.“ — Zweifello ist die Verständigung zwischen den Textilisten und den Trikotfabrikanten darauf zurückzuführen, dass die Konvention der Fabrikanten in ihrer letzten Generalversammlung die Verkaufsbedingungen abgeändert und einen grossen Teil der Härten ihrer Vorschriften gemildert hat. So ist u. a. die Schiedsgerichtsbarkeit gefallen, ferner ist zugestanden worden, dass der Kassenskonto nicht von Lieferanten zu beauftragten ist, sondern die Reklamationsfrist ist auf zwei Wochen ausgedehnt worden. Trotz dieser und ähnlicher Konzessionen ist es der Konvention doch nicht gelungen, die noch ausstehenden Fabriken für sich zu gewinnen. Sie sind unter den Outsiders noch mehrere grössere Werke, die sich weigern, dem Verband beizutreten, das die Bedingungen immer noch eine Reihe von Härten enthalten. Es wird u. a. darauf hingewiesen, dass die Zahlungsbedingungen für die Abnehmer zu hart seien. Es werden nämlich bei 30 Tagen 2 Proz., bei 60 Tagen dagegen nur 1/2 Proz. vergütet, so dass der Kunde, der nach 60 Tagen reguliert, 1/2 Proz. verliert. Ferner wird als ungünstig für die Kunden bezeichnet, dass bei Frankokäufen der Empfänger verpflichtet sein soll, Fracht und Versandspesen vorzulegen, dieser Betrag ihm aber erst durch Abrechnung in der Faktura vergütet wird. Die Folge davon ist, dass die Kunden stets einen Teil ihres Betriebskapitals in Frachtkonten für die Fabriken festlegen. Auch wird die Reklamationsfrist von zwei Wochen als zu kurz bezeichnet, eine grössere Sendungen auf die Richtigkeit prüfen zu können. Wie aus Fabrikantenkreisen berichtet wird, dürfte die neue Bestimmung, dass es dem Käufer gestattet ist, sofern er solches vorbehält, Änderungen in der Grösse und Qualität bis zu 25 Proz. vorzunehmen, den Lieferanten Schwierigkeiten bereiten. Denn diese decken die in der Regel sofort nach Eintreffen der Ware ihren Bedarf in Rohware, so dass eine nachträgliche Abänderung den Fabrikanten in der Regel Kosten betriebe, da diese bei ihren Einkäufen einen entsprechenden Vorbehalt nicht machen können.“

**Konvention der Berliner und Breslauer Strumpfmaschinen.** Die im vorigen Jahre geschlossene Konvention der Berliner und Breslauer Strumpfmaschinen ist auch in diesem Jahre wieder erneuert worden.

**Neujahrswandmesse zu Leipzig.** Das diesjährige Messgeschäft in Leipzig wird eine katzenartige Konkurrenz der Leipziger Knäppler zu leiden, da ein Teil der Händlerkundschaft gegen sonstige Gepflogenheit auf Kredit kaufte. Die hohen Rohmaterialienpreise wirkten hemmend auf die Geschäftsentwicklung, die Kundschaft wollte nur zögernd die höheren

Preise anerkennen. Infolgedessen wurde nur das Notwendigste gekauft. Der Hauptumsatz entfiel auf halbweisse und baumwollene Artikel, während in Reimlein die hohen Preise wegen nur wenig umgesetzt wurden. Im Gegensatz zu den letzteren Messen waren diesmal bunte Bettzeuge wieder etwas reger begehrt. Der Geschäftsgang der Leinwandweberei ist im allgemeinen zurzeit noch befriedigend, leidet aber, wie bemerkt, unter hohen Materialpreisen und Knäppel an Garnen.

**Geduld Proprietary Mines, Limited.** In der Zeit vom 1. Okt. bis 31. Dezember 1907 betrug die Arbeitsleistung im Strecken-treiben und Ueberhauen 2001 Fuss. Die gesamte Aufschüttungsarbeit umfasst bis zum 31. Dezember 1907 11 696 Fuss, von denen sich 8452 Fuss am Flöz befinden, und von diesen 8452 Fuss ergeben 5475 Fuss einen Durchschnittsgehalt von 13 dwts. pro Tonne über eine Verpochungsmächtigkeit von 30 Zoll. Der Verpochungsalter hat eine Submission ausgeschrieben für die Errichtung eines Pochwerkes von 50 schweren Stempeln und einer Cyanid-Anlage. Mit der Verpochung hofft man ungefähr in der ersten Novemberwoche beginnen zu können.

**Zwischen den grossen kontinentalen Zinkhütten** ist eine Vereinbarung betr. Einschränkung der Produktion und Hebung der Preise zustande gekommen.

**Die Jahreseinnahme der Braunschweigischen Landesbahngesellschaft** belief sich auf 1 698 160 Mk. (+ 544 Mk. gegen das Vorjahr).

**Die Jahreseinnahme der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn** betrug 1 367 860 Mk. oder 97 640 Mk. mehr als im Vorjahre.

**Die altrenommierte Firma J. Münzschelmer, Hüte und Felle, in Frankfurt a. M.** befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten.

**In den Konkurs geratene Tafelglashüttenwerke Cleemann in Rauscha (bei Görlitz)** wurden an den Vorbesitzer Röhlich für 300 000 Mk. verkauft. Der Betrieb bleibt unverändert.

**Jute.** (Bericht des Vereins Deutscher Jute-Industrieller.) In Deutschland verlor der Markt unverändert. — In Dundee war der Markt fester. Es kosten Hessians 10 1/2 oder 2 1/2 d pro yard. Tarpanulds 20 oder 45 1/2 d pro yard. Nr. 6 Schussgang 1 1/2 d. Mais, stet. russischer 17—17 1/2, russischer mittel u. gering 1 1/2, mit 12 Rs. pro 100 yards. — In New York bedingen Hessians 10 1/2 oder 5 1/2 cts. pro yard.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

**Berliner Produktentörse, 16. Jan.** Am Frühlmarkt notierten, Weizen lit. 218—220,00. Roggen lit. 207—208,00. Hafer, märkische mecklenburger, pommercher, preuss., pomerischer u. schlesischer feht 190—192, mittel 172—178, gering 167—171, russischer mittel u. gering —, Mais, rund 160,00—168,00. Gerst, inländ. Futtergerst mittel und gering 161—170, gute 171—182, russische und Donau leichte 155 bis 161. Erbsen inländ. und ausländischer Futtererbsen 188—194, klein 1 1/2, Weizenkleie 60,925—31,00. Roggenmehl 0 und 1 27,50—29,00. Weizenkleie 12,75—13,50. Roggenkleie 13,25—13,75. (Alles frei Bahn.)

**Magdeburg, 16. Januar.**  
Weizen fest, englischer gut 214—218, mittel —, Sommer gut 214—218, mittel —, Kolben Sommer gut 226—232, mittel —, Rauh gut —, mittel —, ausländischer gut 235—245, mittel —.  
Roggen befestigt, inländischer gut 205—210, mittel —, ausländischer gut —, mittel —.  
Gerste mittel, hiesige Cheval gut 184—192, mittel —, Land gut 174—184, mittel —, ausl. Futter gut 157—160, mittel —.  
Hafer unverb., inländischer gut 164—167, mittel 145—155, ausländischer gut —, mittel —, Wand gut —, mittel —.  
Mais, stet. russischer gut 16,25, mittel —, bunter amerikanischer gut —, mittel —.  
Erbsen, hiesige Viktoria gut —, mittel —, grüne Folger gut —, mittel —.  
Für 1000 kg netto ab Station.

**Hamburg, 16. Jan.** Weizen ruhig, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 212—224. Roggen fest, Mecklenburger und Altmärker 194—208, russ. cfd. p. 191/15 168,50. Gerste fest, städtisch, cfd. 190—192, mittel, Holsteiner u. Mecklenburger 172—178. Mais stetig, America mixed cfd. 121,00. La Plata cfd. 121,00.  
**Pest, 16. Jan.** Weizen ruhig, per April 12,65 Gd., 12,66 Br., per Oktober 10,65 Gd., 10,66 Br. Roggen per April 11,20 Gd., 11,21 Br., per Oktober 9,25 Gd., 9,27 Br. Hafer per April 8,25 Gd., 8,26 Br. per Oktober — Gd., — Br. Mais per Mai 6,97 Gd., 6,98 Br. Raps per August 16,30 Gd., 16,40 Br.

### Kaffee.

**Bremen, 16. Jan.** Kaffee ruhig.  
**Havre, 16. Jan.** Kaffee good average Santos per März 42 1/2, per Mai 42 1/2, per Sept. 42 1/2, per Dez. 42 1/2, Kaum stetig.

### Petroleum.

**Hamburg, 16. Jan.** Petroleum fest Standard white loko 7,55

### Spiritus.

**Nordhausen, 16. Jan.** Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 68,50—69,00 Mk. do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,25—75,25 M. per Loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.  
**Hamburg, 16. Jan.** Spiritus fest, per Jan. 32 Gd., per Jan.-Febr. 32 Gd., per Febr.-März 32 Gd.

### Kartoffelmehl und Stärke.

**Berlin, 16. Jan.** Kartoffelmehl und -Stärke 24,00—24,50. Feuchte Stärke 14,30.  
**Magdeburg, 16. Januar.** Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

### Oele, Oelmalen, Fettwaren.

**Bremen, 16. Jan.** Schmalz stetig. Loko, Tubs und Firkin 43, Doppelmaler 45 1/2.  
**Köln, 16. Jan.** Rüböl loko 76,00, per Mai 75,50.  
**Hamburg, 16. Jan.** Rüböl ruhig, verollt 74,00.

### Wolle.

**Bremen, 16. Jan.** Baumwolle stetig. Upl. loko mittel 61 1/2 Pfg.

### Metalle.

**London, 16. Jan.** Chili-Kupfer stetig 63 1/2, 3 Monat 64 1/2, Zinn Straits kl. stetig, 124,00 3 Monat, 125 1/2. Blei span. stetig 14 1/2, englisch 14 1/2, Zink, gewöhnliche Marke, stramm, 20 1/2, spez. Marke 20 1/2.  
**Glasgow, 16. Jan. (Mittag.)** Rohesisen stetig, Middlesbrough warrants 48 1/2

## Wasserstände.

↓ bedeutet über. — unter Null.

Stätte und Uebersicht.	15. Jan.	16. Jan.	Fall	Wuchs
Aiern, Brückepegel	+0,10	+0,18	—	—
Nebra, Op.	+2,77	+2,93	—	2
Weissenfels, Op.	+1,48	+1,59	—	—
Trotha, Op.	+0,00	-0,04	4	—
Trotha, Op.	+1,94	+1,81	18	—
Alsen, Op.	+2,86	+2,32	4	—
Bernburg, Op.	+1,75	+1,78	—	3
Kalbe, Op.	+0,77	+0,71	—	—
Kalbe, Op.	+0,38	+0,34	4	—

### Moldau, Isar, Eger, Elbe.

Stätte	Jan.	Fall	Wuchs	Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	15, —	16, —	—	16, —	16, —	—
Prag	+0,46	16	—	16	+1,10	4
ungbunzl.	-0,68	3	—	3	+0,70	1
Laut	-0,12	2	—	2	+0,82	2
Brandeis	+0,59	2	—	2	+0,83	1
Melk	-0,87	6	—	6	+1,30	—
Leitmeritz	16, —	34	1	34	+0,97	7
Aussig	+0,80	—	—	—	+1,48	—
Dresden	-1,08	7	—	7	+1,34	35